

# Berliner Tageblatt

Nr. 88

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Gelsenkirchen wieder geräumt.

#### Scharfe Passkontrolle.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist Gelsenkirchen heute von den Franzosen wieder geräumt worden. Da sie die geforderten 100 Millionen Mark voll erhalten haben, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. — In Fernen sind heute alle Geschäfte geschlossen, da von dem französischen Kommandanten Sanktionen angedroht worden sind. An allen von den Franzosen und Belgiern eingerichteten Kontrollstellen wird seit heute nach einer scharfen Passkontrolle ausgeübt. Diese erfolgt nicht nur in den Eisenbahnhöfen, sondern auch in den Straßenbahnhöfen, wobei auch das Gepäck der Reisenden untersucht wird. Es ist notwendig, daß sich die in das Ruhrgebiet Reisenden auf diese Passkontrolle vorbereiten. — Die aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet fahrenden Züge werden an der Grenze des besetzten Gebietes angehalten und die Lokomotiven werden abgeköpft.

Dortmund, 21. Februar. (M. L. B.)

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt: In Brambauer, Landkreis Dortmund, drang eine französische Kompanie in die Nähe der Speisung der Amerikahilfe ein und verlangte die Abgabe der Kochkessel. Obgleich darauf hingewiesen wurde, daß es sich um amerikanisches Eigentum handelt und daß Sanktionen von Andern hingen müßten, wenn man ihnen die Kochkessel wegnähme, beschlagnahmten die Franzosen doch diese Kessel. — In dem Volkswarenengeschäft von Tzchel in der Humboldtstraße zu Bochum wurden am Sonnabend morgen von den Franzosen 50 Matrasen im Werte von fünf Millionen Mark requiriert. Da Tzchel die freiwillige Ergabe verweigerte und erklärte, die vorhandenen Matrasen seien an arme Leute verkauft, wurden die Matrasen ihm gewaltsam entziffen und in einem Auto fortgeschafft.

### Die Hoffnungen des Generals Degoutte.

Der deutsche Widerstand muß „mit allen Mitteln“ bekämpft werden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 21. Februar.

Die „Siberia“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem wichtigsten Mitarbeiter des Generals Degoutte. Einige Aussagen deuten aber darauf hin, daß dieser ungenannte „Mitarbeiter“ General Degoutte selbst ist. Die Erklärungen sind sehr vorsichtig gehalten: Der Streit in der Ruhr sei ein Kampf um das Überleben. Es könne sich nicht darum handeln, daß einer der beiden Gegner einen entschiedenen Sieg davon trage. Wer die größte Geduld habe, der werde diesen Krieg gewinnen. Das deutsche Vorgehen glaube an den Erfolg, weil es mit einer Wandlung der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnet. Die Industriellen und Finanzleute seien unruhig. Die letzten Maßnahmen der Alliierten (1) wirkten stark auf die Gemüter ein. Diese Unruhe vertrat sich in einem Wechsel der Fronten. Noch vor wenigen Tagen hätte Deutschland ohne Unterbrechung der Partei in voller Einigkeit gegen die widerrechtliche Besetzung der Ruhr protestiert und die Entschlossenheit bekundet, niemals unter dem Druck der Bajonette zu verhandeln. Heute spreche man bereits von einer Grundlage für eine „ehrenvolle Verständigung“ und von einem „annehmbaren wirtschaftlichen Abkommen“. (Der General verschweigt, daß Deutschland zu einer „ehrenvollen“ Verständigung, d. h. einer solchen unter der Bedingung vorheriger Räumung des Ruhrreviers immer bereit gewesen ist! Die Red.) Der Patriotismus der deutschen Geschäftleute sei von der Auffassung des französischen Patriotismus verschieden. Der deutsche Großindustrielle wolle sein Leben genießen. Seine Liebe zu Deutschland hänge stark von seinem persönlichen Vorteil ab. Inbrutivität und Anstöße leisteten zwar nach außen hin noch Widerstand, aber sie müßten schließlich die Rückfälle geordneter Zustände. „Die größte Schwierigkeit“, geht die Erklärung weiter, „ist die Ernährungsfrage. Die Preise für Lebensmittel wachsen bedrohlich. Selbst wohlhabende Bürger leiden unter diesen Verhältnissen. Die Löhne der Arbeiter sind nur anscheinend hoch. Ein Arbeiter bei Knupp verdient heute 10 000 Mark am Tage, kann sich dafür aber nicht genug ernähren. Aus diesem Grunde sind die Arbeiter unzufrieden und unentschlossen. Sie sind gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, aber sie sind weder für die Reichsregierung, noch für die Industriellen. Sie fragen darüber, daß die großen Summen, die für die Arbeiter aufgebracht worden sind, nicht bis zu den Arbeitern gelangen. Bei dieser Stimmung sind Unruhen zu befürchten. In diesem Fall wäre die Lage der Besatzungstruppen sehr schwierig, denn sie wären gezwungen, energisch einzugreifen, auch wenn die Bewegung sich nicht direkt gegen die Franzosen und Belgier richtet. Inzwischen bleibt die Lage sehr unklar. Es ist nötig, durchzuführen, um den deutschen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen. Die Organisation der Arbeit kann später kommen.“ Aus diesen Mitteilungen werden die Steuerzahler Frankreichs keine großen Hoffnungen heilen können, besonders wenn sie gleichzeitig sehen, daß eine vorläufige Nachtragserwilligung von 100 Millionen für die Ruhr Expedition von der Kammer verlangt wird.

Wie der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ in Düsseldorf meldet, spricht man von der Entsendung einer neuen Division nach dem Ruhrgebiet. Man habe aber nicht erfahren, ob die Berichterstatter hinzu, ob es sich um einen Ersatz handelt, oder um die sechste Division, die neu nach dem Ruhrgebiet abgehen soll. — Die von den Engländern den französischen Besatzungstruppen abgetretene Eisenbahnstrecke im Nordwesten der Kölner Zone ist vorgehens dem französischen Personal übergeben worden. Wie die Morgenblätter melden, haben die Eisenbahner der neubesetzten Strecke es abgelehnt, unter den französischen militärischen Behörden Dienst zu tun und die Arbeit eingestellt.

### Holland und die Ruhraktion.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Haag, 21. Februar.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bespricht die Lage Hollands, falls Frankreich und Belgien ihre strategische Lage am Rhein wirklich behalten wollten. „Wenn es wahr ist“, sagt das Blatt, „daß man in Paris und Brüssel wirklich nicht so sehr Begehr nach der Wiederergänzung wünscht als eine neue politische Lage am Rhein und an der Ruhr, dann würde dies im gewissen Sinne Rechtfertigung des Plans von Schlieffen gegen Belgien sein.“ Das Blatt hofft noch immer, der gesunde Verstand des französischen Volkes werde eine solche Politik verhindern. Wäre dies nicht der Fall, dann würde sich die strategische Lage Hollands verschlimmern und die Frage Sahlburgs von den belgischen und französischen Anexionisten unzweifelhaft wieder auf die Tagesordnung gestellt werden.

### Französische Erörterungen über Interventionsmöglichkeiten.

Ein Artikel im „Deuvre“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 21. Februar.

Robert de Jouvenel, der Bruder des Senators de Jouvenel, veröffentlicht in der Zeitung „Le Deuvre“ einen Artikel, der in manchen Beziehungen interessant ist. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Gedanken werden auch in politischen Kreisen besprochen, die sonst der Politik des „Deuvre“ fernstehen. Herr de Jouvenel erklärt, man habe darauf verzichtet, die Ruhr Expedition als ein „Mittel zur Sicherung produktiver Pänder“ auszugeben. Die jetzige Auffassung sei, daß es sich nur um einen „Druck auf den deutschen Willen“ handle. Selbst wenn dieser Versuch Erfolg hätte, werde es doch nicht möglich sein, von Deutschland sofort die Bezahlung großer Summen zu erlangen. Deutschland könne dann eine lange Zeit überhaupt nicht zahlen, während dessen Frankreich sein Geld und seine Leistungen empfangt und eine Menge neuer Verpflichtungen übernimmt habe. „Die direkten Aufwendungen“, fährt der Artikel fort, „die von Frankreich für die Ruhr Expedition zu leisten sind, werden auf 750 Millionen Francs jährlich veranschlagt. Was Frankreich einbüßt, ist weit höher zu berechnen. Dazu kommen noch andere beachtenswerte Momente: Viele französische Fabriken haben bereits ihren Betrieb eingestellt. Durch die Entsendung von Beamten ins Ruhrgebiet sind wichtige Dienstzweige in Frankreich desorganisiert. Der Franc hat 20 Prozent seines Wertes eingebüßt. Die Beziehungen zu Russland sind nicht besser, sondern schlechter geworden. Natürlich kann kein Franzose von der Regierung verlangen, daß sie öffentlich eingestehen, sie habe sich getäuscht und müsse nun wieder abgeben. Aber was wir verlangen dürfen, ist folgendes: Die Regierung muß danach trachten, so rasch und so vorteilhaft wie möglich ein Unternehmen zu liquidieren, das zwar unsere Schuldner ruinieren kann, das aber gleichzeitig unser Land arm macht. Auch Deutschland hat natürlich ein Interesse daran, daß die Besetzung des Ruhrgebietes aufhört. Wenn ein solches Interesse auf beiden Seiten vorhanden ist, kann eine Verhandlung nicht unmöglich sein.“ Herr de Jouvenel will heutzutage, daß die französische Regierung offiziell jede Vermittlung ablehne, daß sie sich die Einmischung der anderen Verbündeten verbieten habe. Aber die Neutralen könnten nach seiner Ansicht jetzt etwa ihre Vermittlung anbieten, die wahrscheinlich zurückgewiesen werden würde, aber doch eine diplomatische Intervention anbahnen. Pränzing habe daran gedacht und die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Eine neue schriftliche Anregung sei aber zu vermeiden, die gewisse Erfolge verspreche. Der Chefredakteur der sächsischen Zeitung „My Tid“, Berlin, habe in allen größeren Städten Schweden eine Resolution zur Annahme gebracht, die folgenden Wortlaut hat: „Das berechtigte Verlangen Frankreichs bei dem Werk des Wiederaufbaus kann nur durch ein internationales Abkommen erfüllt werden. Wenn Deutschland jetzt nicht in Stande ist, seine Verpflichtungen auszuführen, ist es besser, daß alle Völker ihm dabei helfen, als daß es zugrunde geht und Europa mit ihm.“ Diese Worte werden von de Jouvenel so gedeutet: „Die Neutralen haben das Recht und die Pflicht, im Interesse des Friedens, der Ordnung und der internationalen Arbeit, gegen eine Gewaltpolitik einzuschreiten. Sie können dies aber nur dann tun, wenn sie selbst bereit sind, nach ihrem Ermessen an dem Ausbau der im Krieg zerstörten Gebiete mit zu helfen.“ Der schwedische Vorschlag sei von Lord Robert Cecil „gesund und bewundernswürdig weitsehend“ genannt worden. Wenn die Neutralen entschlossen sind, eine solche große Tat zu wagen, dann könnten sie einen starken Einfluß auf die Geschichte der Welt haben. Robert de Jouvenel schließt: „Ob der Vorschlag Barlunds oder ein anderer ähnlicher zum Siege führt, wissen wir nicht, aber wir sind in tiefer Nacht und sehen wenigstens in der Ferne eine Licht.“

Paris, 21. Februar. (M. L. B.)

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington lagen dort gestern Nachrichten vor, denen zufolge England die Absicht habe, Amerika um einen gemeinsamen Interventionsversuch in der Ruhrfrage zu ersuchen. Von amtlicher Seite sei die Möglichkeit eines Vermittlungsversuches betont worden, weil keine Aussicht auf Erfolg bestehe. Es sei darauf hingewiesen worden, daß eine verfrühte Ermahnung Amerikas es für die Zukunft unmöglich machen würde, sich mit Nutzen an einer Vermittlung zu beteiligen. In den Vereinigten Staaten sei man der Auffassung, daß Frankreich eine souveräne Macht sei, die auf eigene Verantwortung handle und daß jeder amerikanische Vermittlungsversuch für Frankreich unannehmbar sein müsse.

### Parodien des Rechts.

Von

Dr. Ernst Feder.

Die finnländische Presse veröffentlicht jetzt einen von allen namhaften Juristen des Landes unterzeichneten Protest gegen den französischen Rechtsbruch im Ruhrgebiet. Die Kundgebung erinnert daran, daß vor zehn Jahren finnländische Männer vor russische Gerichte gesehleppt und verurteilt wurden, weil sie die für Finnland geltenden Gesetze befolgten und es ablehnten, sich russischen Gesetzen und Befehlen zu unterwerfen, die mit den Gesetzen und Interessen ihres Landes im Widerspruch standen. Ungeheure Rechtsgelehrte und andere hervorragende Persönlichkeiten Deutschlands und Frankreichs protestierten damals gegen diesen Rechtsbruch. Die finnländische Erklärung weist darauf hin, daß heute deutsche Männer, obwohl zwischen Frankreich und Deutschland Frieden besteht, vor französische Kriegsgerichte gestellt und bestraft werden, weil sie treu den Gesetzen ihrer Heimat und den Rechtsgrundsätzen, die insofern in ihrem eigenen Land wie im Völkerrecht gelten, sich weigern, fremden Befehlen zu gehorchen. Die finnländischen Juristen sprechen ihre tiefe Mißbilligung dieses Rechtsverstoßes und die Hoffnung aus, daß das Rechtsbewußtsein des französischen Volkes und der Richter und Gelehrten Frankreichs sich gegen dieses ungültige Verfahren auflehnen wird. Es wäre ungerecht, das Rechtsgefühl der übrigen europäischen Nationen geringer einzuschätzen. Aber sie scheitern. Und auch die höchste englische Rechtsbehörde, die nach einer Mitteilung der englischen Regierung im Unterhaus um ein Rechtsgutachten ersucht ist, ob Frankreichs Einmarsch in das Ruhrrevier rechtmäßig sei, ist anscheinend noch zu keinem Beschluß ihrer Arbeiten gelangt.

Wenn ein Jurist zur Beurteilung eines Voralles hinzugezogen würde, bei dem ein Schwerebrennender andauernd auf einen Wehrlosen einschlägt und dabei alle möglichen Paragrafen des Strafgesetzbuchs zitiert, dann wäre der Jurist ein Tor. wollte er zunächst im Gesetzbuch nachschlagen, ob die zitierten Paragrafen zutreffend sind. Er würde sich vielmehr auf die Feststellung beschränken, daß hier eine brutale Mißhandlung vorliegt, deren Täter sich zum Lohn noch auf gesetzliche Vorschriften beruft. So steht der Sachverhalt aus, der durch die Invasion im Westen geschaffen worden ist. Die Reichsregierung hat sich aber nicht damit begnügt, gegen den rechtswidrigen Einbruch zu protestieren, sie hat auch die einzelnen Scheinargumente des Gegners nacheinander derartig zerplückt, daß schließlich die französische Regierung die Antwort schuldig geblieben ist. Poincaré hat in seinen späteren Reden auf den Nachweis der Rechtswidrigkeit seiner Schritte zunächst immer nur papageienhaft wiederholt, das alles sei eine Folge der deutschen Vertragsverletzungen, und er hat endlich, als er sich in dieser diplomatischen Verlegenheit nicht anders zu helfen wußte, am 25. Januar 1923 eine Art Pränumerandaantwort erteilt, indem er sein Schreiben „im voraus als eine Antwort auf alle weiteren deutschen Mitteilungen über diesen Gegenstand“ bezeichnet hat. Seitdem hat er auch keinen Versuch mehr gemacht, sein Vorgehen rechtlich zu begründen. Ist die französische Regierung so zum Schweigen gebracht, so ist es unsere Pflicht, die Stimme um so lauter zu erheben.

Welches Recht gilt heute in dem von den Franzosen und Belgiern rechtswidrig okkupierten Gebiet? Leichter ist die Frage zu beantworten, welches Recht dort nicht gilt. Die Franzosen können sich nicht auf Kriegsgesetz, nicht auf die Regeln der Haager Konvention über die Gebräuche des Landkrieges berufen. Denn Poincaré hat selbst in seiner Note vom 10. Januar 1923 den Gedanken an „eine militärische Operation“ oder „eine Befehung politischen Charakters“ von sich gewiesen, und die französische Regierung hat in einer späteren Note vom 17. Januar 1923 nochmals betont, daß die Maßnahmen „in keiner Weise den Charakter einer militärischen Operation tragen“. Auch das Rheinlandabkommen ist nicht anwendbar. Denn es gilt nur für das Gebiet, dessen Besetzung im Versailles Vertrag vorgesehen ist. Die Franzosen haben also einen Zustand der Gewalt herbeigeführt, der, auch von ihrem Standpunkt aus, jeder rechtlichen Regelung entbehrt und das Recht sozialogen einen lückeren Raum darstellt. Hieraus folgt, daß die deutschen Beamten nur deutschen Gesetzen, deutschen Vorgefetzten, deutschen Behörden unterworfen sind. Danach haben die deutschen Beamten gehandelt. Sie haben Strafen jeder Art, Gefängnis, Mißhandlung, Züchtung erduldet, sie haben sich ebenso wie Arbeiter, Angestellte und Unternehmer nirgends (mit der einzigen Ausnahme des Zollinspektors Carl Jansen in Duisburg) dem Eindringling begeben. Der Dank, den der Reichspräsident in seinem gestern früh von uns veröffentlichten Schreiben der Schutzpolizei des Ruhrgebietes auspricht, gegen die Wit der Enttäuschten in besonders brutalen Ausschreitungen gerichtet hat, geführt in gleicher Weise den übrigen Beamten des Ruhrreviers.

So ist das, was sich jetzt innerhalb des besetzten Gebietes und seiner Bevölkerung von zwölf Millionen Menschen in den Formen des Rechts vollzieht, in Wahrheit eine Parodie des Rechts. Der Ausweisungspolitik, die zur Entfernung des Oberpräsidenten, sämtlicher Regierungspräsidenten und zahlreicher Obergerichtspräsidenten, Regierungsräte, Landräte, Bürgermeister, Zoll- und Forstbeamten und anderer Beamten geführt hat, fehlt jede rechtliche Grundlage. Selbst das Rheinlandabkommen steht nur die Abarbeitung eines Beamten, nicht seine Ausweisung vor, und es beschränkt das Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht der Alliierten auf die Fälle, in denen „dies zur Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der Alliierten und Angehörigen notwendig ist“. Wer wollte behaupten, daß Oberpräsident Fuchs den Unterhalt der Truppen bedroht, daß Regierungspräsident Grüntner die Sicherheit der Truppen gefährdet, daß Regierungsprä-